



## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Kerstin Celina, Andreas Krahl BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

vom 11.10.2024

- mit Drucklegung -

### **Menschen ohne Krankenversicherungsschutz in Bayern**

In Bayern leben trotz der allgemeinen Krankenversicherungspflicht viele Menschen, die entweder keinen oder nur unzureichenden Versicherungsschutz haben. Für die Betroffenen ist es oftmals schwierig, Zugang zu medizinischen Behandlungen und Leistungen zu erhalten. Wir fragen die Staatsregierung:

1.1 Wie hat sich die Zahl der Menschen, die ohne Krankenversicherungsschutz in Deutschland leben, in den letzten fünf Jahren verändert?

1.2 Wie hat sich die Zahl der Menschen, die ohne Krankenversicherungsschutz in Bayern leben, in den letzten fünf Jahren verändert?

2.1 Wie viele Menschen in Bayern sind nach Kenntnis der Staatsregierung im Notlagentarif der privaten Krankenversicherungen, dem 2013 eingeführten Sozialtarif für Privatversicherte, die ihren Beitrag vorübergehend nicht zahlen können, versichert?

2.2 Wie hat sich die Zahl der im Notlagentarif versicherten Menschen in Bayern in den letzten zehn Jahren entwickelt?

2.3 Wie beurteilt die Staatsregierung diese Entwicklung?

3.1 Welche aktuellen Studien und Berichte liegen der Staatsregierung über die Situation von Menschen ohne Krankenversicherung vor?

3.2 In welchen Berufen sind Menschen ohne Krankenversicherung nach Kenntnis der Staatsregierung überwiegend tätig?

3.3 Wie hoch schätzt die Staatsregierung die Zahl der Pflegekräfte, die in Privathaushalten in Bayern, Pflegeaufgaben übernehmen, aber nicht ausreichend krankenversichert sind und bei eigener akuter Erkrankung keinen Zugang zu (zahn)medizinischer Versorgung an ihrem Arbeitsort in Bayern haben?

4.1 Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um das Menschenrecht auf (zahn)medizinische Versorgung von Menschen, die sich ohne Papiere in Bayern aufhalten (bitte unterscheiden in Menschen ohne Aufenthaltsstatus und Menschen mit Aufenthaltsstatus, z.B. Obdachlose), zu gewährleisten? (hier bitte auch auf die Situation von Kindern und Jugendlichen eingehen)

4.2 Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um die (zahn)medizinische Versorgung für Menschen mit Herkunft aus EU-Ländern, die in ihrem Heimatland nicht versichert sind, sich in Bayern aufhalten und in nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, im Krankheitsfall sicherzustellen?

5.1 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über die Förderung von regionalen Initiativen zur (zahn)medizinischen Versorgung von Menschen ohne Papiere?

5.2 Wie beurteilt die Staatsregierung diese Initiativen?

5.3 Hält die Staatsregierung es für ausreichend, wenn der Zugang zu einem Menschenrecht (hier Gesundheitsversorgung) abhängig ist vom lokal begrenzten und zufälligen Engagement Ehrenamtlicher?

6.1 Wie könnte nach Einschätzung der Staatsregierung die (zahn)medizinische Grundversorgung für Menschen ohne Papiere verbessert werden?

6.2 Welche Daten sollten nach Meinung der Staatsregierung erfasst werden, um die Situation in der (zahn)medizinischen Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung zu verbessern?

6.3 Könnte die Verbreitung von sexuell übertragbaren Krankheiten durch einen besseren Zugang aller Menschen zu medizinischer Versorgung in Bayern nach Einschätzung der Staatsregierung reduziert werden?

7.1 Inwieweit richtet die Staatsregierung ihre Gesundheitskampagnen auch an Menschen aus, die keinen Krankenversicherungsschutz haben und sich ggf. nur vorübergehend in Deutschland aufhalten?